Beschlussvorlage

nichtöffentlich öffentlich

Fachbereich/Sg.: 1.3	Az.: 1.3	Datum: 04.10.2019	Vorlage Nr. 20190204/1.3
-------------------------	-------------	----------------------	-----------------------------

Beratungsfolgen	TOP	Termin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Tourismus	Ö 2	16.10.2019	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	Ö	26.11.2019	Kenntnisnahme	

BETREFF

Zwischenstand Tourismusbeitrag

Beschlussvorschlag:

Sachvortrag wird zur Kenntnis genommen

Bürgermeister/Dezernent:

Begründung:

Mit der Neufassung des § 12 Kommunalabgabengesetz wurde es erforderlich eine neue Tourismusbeitragssatzung zu verabschieden. Mit dieser Satzung, die am 20.06.2017 durch den Stadtrat beschlossen wurde, musste der Beitragsmaßstab angepasst werden; zudem kamen einige neue Betriebsarten hinzu.

Vor der Verabschiedung dieser Satzung tagte eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Bürgermeisters in drei Sitzungen um die Zonierung, die Vorteilsätze und die Gewinnsätze speziell für die Stadt Bad Dürkheim abzustimmen. Als Entscheidungsgrundlage diente hierzu die neue Mustersatzung des Gemeinde- und Städtebundes von 2016.

Mittlerweile sind zwei Umsatzjahre mit der neuen Satzung abgerechnet, die wie folgt zu bewerten sind: (hierzu die Fragen der CDU Stadtratsfraktion vom 22.08.2019)

1) Wie bewertet die Verwaltung die Erfahrungen mit der neuen Satzung?

Die Herausforderung der neuen Mustersatzung war die Umsetzung der neuen Reingewinnsätze die ab dem Jahre 2017 anzuwenden waren. Einerseits bilden diese die aktuellen betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse der einzelnen Branchen ab, andererseits hat dies auch zu Verwerfungen in der Beitragshöhe bei den Betriebsarten geführt.

Insbesondere ist dies bei den Hotels und Gaststätten der Fall, da der Reingewinnsatz hier von 7% um 2 % auf 9 % gestiegen ist. In Einzelfällen hat sich der Beitrag dadurch deutlich erhöht. Im Gegenzug wurden vor allem die Handwerksbetriebe entlastet.

Im Beitragsjahr 2017 wurden neue Betriebsarten wie z.B. Notare, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Immobilienvermittler, Steuerberater und Psychologen aufgenommen. Für das Beitragsjahr 2018 kamen die Vermieter und Verpächter von Einzelhandelsgeschäften, Gaststätten und Hotels und Ferienwohnungen hinzu. Mithin ist die Zahl der Beitragspflichtigen von 1.200 auf 1.655 Beitragspflichtige angestiegen.

Im Ergebnis wird die neue Satzung gut angenommen, da jeder Beitragspflichtige für seine Betriebsart die Berechnung exakt nachvollziehen kann. Die von der Rechtsprechung geforderte Transparenz in der Berechnung des individuellen Beitrags wird somit gewährleistet.

Ferner wurde durch die Zonierung und durch von der Arbeitsgruppe entwickelten Vorteilssätze derjenige der durch den bestehenden Tourismus am stärksten profitiert mehr belastet und derjenige der weniger profitiert entlastet. Dadurch wurde für alle Beitragspflichtigen ein weitestgehend gerechter Maßstab geschaffen, der aus Sicht der Verwaltung die bestehenden Vorteile für alle Gewerbetreibende aus dem Tourismus und den Veranstaltungen maßvoll abschöpft.

2) Wie ist der Stand der Rechtsverfahren?

Mit der Erhebung der Beiträge bei den Rechtsanwälten, Immobilienvermittlern, Steuerberater und Psychologen kamen vermehrt Anfragen und auch Widersprüche auf die Verwaltung zu. Nach vielen Gesprächen, teilweise auch bei Terminen mit der Finanzverwaltung verblieben in 2018 14 Widersprüche bei 1322 Beitragspflichtigen. Allen Widersprüchen wurde abgeholfen. Elf Widerspruchsführer haben nach der Stellungnahme durch die Verwaltung zurück genommen. Drei Verfahren wurden vor dem Kreisrechtsausschuss abgewiesen.

Aktuell wurden in 2019 die Betriebsarten Vermietung und Verpachtung in Beiträgen festgesetzt. Bei dieser Betriebsart liegen der Verwaltung 5 Widersprüche vor, die noch bearbeitet werden müssen.

Bei diesen Verfahren geht es meist um die grundsätzliche Beitragspflicht als Vermieter und Verpächter, weniger um die Beitragshöhe die im Vergleich moderat ausfällt. Grundlage ist stets die Nettokaltmiete ohne die Nebenkosten und bei gewerblichen Vermietern auch ohne die Umsatzsteuer.

3) Wie haben sich die Einnahmen im Vergleich zur vorherigen Satzung entwickelt?

Im Beitragsjahr 2016 mit der bisherigen Satzung war der Ertrag aus dem Tourismusbeitrag bei 340.333 EUR. 2017 mit der neuen Satzung und ohne die neuen Betriebsarten lag der Ertrag bei 334.564 EUR und in 2018 mit den Rechtsanwälten, Steuerberatern und Psychologen bei 339.542 EUR. Es war das Ziel der Arbeitsgruppe die Belastungen der Beitragspflichtigen nur die neuen Reingewinnsätze im Wesentlichen stabil zu halten. Dies ist auch angesichts der Zahlen gelungen. Die Vorteilssätze und Reingewinnsätze haben die Einnahmen insgesamt ausgewogen auf alle verteilt.

Dennoch kam es innerhalb der einzelnen Beitragsarten auch zu deutlichen Beitragserhöhungen. Insbesondere bei den Hotels, Gebäudereinigern, Friseure, Kosmetikstudios und bei den Wellnessangeboten. Durch die Erhöhung der Reingewinnsätze bei den Hotels z.B. hat sich dort der Beitrag im Einzelfall im Beitragsjahr 2018 fast verdoppelt (Im Beitragsjahr 2017 trat die Satzung erst zum 01.07.2017 in Kraft).

Im Beitragsjahr 2017 haben sich die dort neu festgesetzten Betriebsarten, wie z.B. Steuerberater und Rechtsanwälte und Immobilienvermittler kaum auf den Ertrag ausgewirkt, da hier nur geringe Beiträge angefallen sind. Für 2018 hingegen ist eine Erhöhung von 36.000 EUR zu verzeichnen. Das hat seinen Grund, da jetzt noch 333 Beitragspflichtige aus Vermietung und Verpachtung hinzugekommen sind. Bei dieser Beitragsart sind die einzelnen Beitragshöhen wie oben ausgeführt moderat, aber auf Grund der Vielzahl der Fälle führt es zu diesen Mehreinnahmen.

4) Gibt es aus der Sicht der Verwaltung besondere Härten?

Aus der Sicht der Verwaltung besteht Verständnis für die Kritik von den Hotels, da diese durch die neuen Reingewinnsätze aus der Mustersatzung stärker belastet werden. Diese stärkere Belastung spiegelt jedoch gleichzeitig den tatsächlichen Vorteil aus dem Tourismus wieder. Auch bei bestimmten Dienstleistern, wie Friseur, Kosmetik und Gebäudereinigern stieß die Mehrbelastung auf Kritik. Dies wird sich aber mit der nächsten Zeit ändern, da bei der Mustersatzung die konjunkturelle Entwicklung des Landes eine Rolle spielt und für die nächste Zeit eher mit einem Abschwung der Konjunktur zu rechnen ist und dies dann auch zu einer Anpassung der Reingewinnsätze führt. Auch für die Hotel- und Gaststättenbranche.

5) Gibt es aus der Sicht der Verwaltung Änderungsbedarf?

Es gibt eine neue Mustersatzung für die Reingewinnsätze durch den Gemeinde- und Städtebund. Um eine rechtsichere Erhebung des Tourismusbeitrags sicher zu stellen, ist es geboten diese neuen Reingewinnsätze als Satzung zu verabschieden. Dies soll im 1.Quartal 2020 erfolgen. Die bisherigen Vorteilssätze haben sich bewährt und aus der Sicht der Verwaltung besteht hier kein Änderungsbedarf.